

ANGELIKA TIMM

Die israelische Demokratie – Bestandsaufnahme Dezember 2011

Diskussionen über demokratische Grundwerte, über die Kompetenz- und Aufgabentrennung von Legislative, Exekutive und Judikative, aber auch über die Rolle der Zivilgesellschaft bzw. über akademische und Pressefreiheit standen 2011 in einer Intensität auf der öffentlichen Agenda israelischer Politik wie nie zuvor. Zahlreiche Gesetzesinitiativen, gerichtet auf die Einschränkung demokratischer Grundrechte, wurden im Parlament verhandelt. Der liberalen Demokratie verpflichtete Politiker, Wissenschaftler, Künstler und Journalisten äußerten sich tief besorgt über das ideelle und politische Diktat rechter nationalistischer bzw. religiöser Kräfte und über die Zukunft des Landes. Sie warnten davor, dass sich in Politik und Gesellschaft eine allseitige „Putinisierung“ vollziehe, dass Israel auf dem Weg zu einem autoritären „Apartheid-Staat“ bzw. zu einer „Khomeini-Gesellschaft“ sei oder dass sich der „Kulturkampf“ zwischen Vertretern westlich-demokratischer Werte und religiös-fundamentalistischen Autoritäten bzw. rechtsnationalistischen Siedlern ausweiten und zuspitzen könne. Ist die „einzige Demokratie im Nahen Osten“ somit in akuter Gefahr?

Gesellschaftliche Kontinuitäten und Brüche in den politischen Machtkonstellationen

Allen Cassandra-Rufen zum Trotz sei zunächst festgestellt: Israel verfügt über *ein demokratisch verfasstes Gemeinwesen*, dessen Grundlagen während der Jahrzehnte sozialdemokratischer Dominanz vor und nach der Staatsgründung geschaffen wurden und bis heute erhalten sind bzw. nachwirken. Das politische System, die Strukturen der Wirtschaft, die Ausprägung des Sozialsystems, das staatliche Bildungswesen und wesentliche Elemente der Alltagskultur orientieren sich an westlichen Standards.

Zum Bild der israelischen Demokratie gehören:

- allgemeine, direkte, gleiche, geheime und landesweite Wahlen,
- Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative,
- Pluralität im Parteiensystem,
- Rechtsstaatlichkeit mit einem hohen Stellenwert des Obersten Gerichtshofes (BAGAZ),
- Koalitions-, Presse- und Versammlungsfreiheit,
- das Recht auf freie Meinungsäußerung und Religionsausübung sowie
- eine facettenreiche und in weiten Teilen selbstbestimmte Zivilgesellschaft.

Den historisch gewachsenen positiven Gegebenheiten steht eine Reihe die *Demokratie einschränken-der Aspekte* gegenüber:

- Israel verfügt bis heute über keine Verfassung mit klar definiertem Staatsterritorium bzw. eindeutiger Grenzziehung (die Unabhängigkeitserklärung von 1948 und elf *Basic Laws* gelten



Das Gebäude der Knesset in Jerusalem

als Verfassungersatz; sie umfassen jedoch nicht alle Grundrechte und erfüllen nur zum Teil die Kriterien einer liberal-demokratischen Verfassung).

- Der 1948 verkündete kriegsbedingte Ausnahmezustand (*Mazav cherum*) wurde legal nie beendet; er wird jährlich durch das Parlament verlängert.
- Bisher existiert keine Trennung von Staat und Religion; Personenstands- und Familienrecht werden ausschließlich nach religiösen Vorschriften bzw. durch religiöse Instanzen geregelt.
- Hinsichtlich der formalen Garantie gleicher staatsbürgerlicher Rechte und der realen Chancengleichheit der Bürger, insbesondere der arabischen Minderheit, existiert eine tiefe Kluft.
- Der seit Staatsgründung anhaltende Kriegszustand mit arabischen Nachbarstaaten (Friedensverträge einzig mit Ägypten 1979 und Jordanien 1994) und die seit 1967 andauernde Okkupation fremder Gebiete sowie die Herrschaft über eine große Gruppe nichtisraelischer Bewohner der besetzten Territorien beeinträchtigen nachhaltig die Umsetzung des Demokratie-modells; sie trugen und tragen zur Erosion liberaler Grundwerte bei.

Während der 1990er Jahre durchlief Israel einen umfassenden *Gesellschafts- und Politikwandel*. Die Eingliederung von mehr als einer Million Zuwanderer, vor allem aus Osteuropa, das zeitweilige Abklingen der Spannungen mit dem „äußeren Feind“ infolge des Oslo-Prozesses und die Tatsache, dass sich im Innern eine facettenreiche multikulturelle Gesellschaft herausgebildet hatte, brachten einen umfassenden Wertewandel mit sich. Zu dessen Ergebnissen gehörten auch Ansätze einer „Verfassungsrevolution“ und Veränderungen im politischen System des Landes, inklusive einer sprunghaften Entwicklung der Zivilgesellschaft.

Der Versuch, Israel stärker in der Region zu verankern und gleichzeitig die innere Demokratie zu stärken, ging jedoch im Protest rechter Nationalisten unter bzw. wurde durch die Ermordung Jizchak Rabins am 4. November 1994 abrupt beendet. Neoliberale Wirtschaftspolitik, Sozialabbau, übersteigerter Nationalismus und bellizistische Stimmungen als Reaktion auf den gescheiterten Oslo-Prozess und die Zweite Intifada bestimmten in der Folgezeit die politische Agenda der staatstragenden Eliten und weitgehend auch den öffentlichen Raum.

Über die weitere Ausprägung israelischer Demokratie und Staatlichkeit existieren unterschiedliche Zielvorstellungen - von „Tauben“ und „Falken“, von religiösen und säkularen Kräften, von Nationalisten und „Universalisten“, von Vertretern der jüdischen Bevölkerungsmehrheit und Angehörigen der arabischen Minderheit. Die Auseinandersetzungen konzentrieren sich insbesondere auf drei *Zukunftsmodelle*:

1. *Jüdischer Staat* – Eine Ethnokratie mit säkular-nationalistischem (Zionismus) oder religiösem (*Halacha*) Vorzeichen - Programm eines breiten Spektrums der politischen Rechtskräfte wie auch religiöser Traditionalisten.
2. *Jüdischer und demokratischer Staat* – Die Verbindung von jüdisch-nationalen und (universellen) demokratischen Werten entsprechend den Aussagen der israelischen Unabhängigkeitserklärung. „Jüdisch“ als zentrales Element der Identitätsbestimmung wird dabei unterschiedlich definiert – sei es z. B. bezogen auf das Nationale, auf spezifisch historische Erfahrung oder auf die Religion. Fürsprechern eines liberalen jüdischen Nationalstaats, in dem alle Bürger gleichberechtigt an den demokratischen Entscheidungsprozessen beteiligt sind, stehen Befürworter eines Staates gegenüber, in dem alle Prioritäten und Privilegien bei der (jüdischen) Bevölkerungsmehrheit liegen.
3. *Demokratischer Staat für alle seine Bürger* – Die Fokussierung auf universelle Bürgerrechte als Zielvorstellung und politisches Argumentationsmuster findet sich sowohl bei liberalen und linksdemokratischen Kräften im jüdischen wie im arabischen Bevölkerungssektor; das Modell reicht von der Vorstellung eines jüdischen Nationalstaats

mit demokratisch abgesicherten nationalen Minderheitenrechten bis zur Ausformung eines binationalen demokratischen Staates.

Die Knessetwahl vom 10. Februar 2009 erbrachte gravierende Veränderungen im politischen Kräfteverhältnis. Neokonservativ-nationalistische bzw. religiös-fundamentalistische Parteien dominieren nunmehr sowohl die Legislative als auch die Exekutive. Die von ihnen aktiv betriebene *konservative Trendwende*, basierend auf einem rechtsorientierten Nationalismus bzw. auf religiösem Fundamentalismus, geht einher mit der Infragestellung demokratischer Grundwerte bzw. mit dem Abbau von Bürgerrechten.

Das innen- und gesellschaftspolitische Konzept wie auch die reale Politik der gegenwärtigen Regierungskoalition zielen unverhohlen darauf ab, die Gewaltenteilung im Staat neu zu ordnen, das jüdische bzw. zionistische Erbe rechtslastig auszudeuten, die staatsbürgerlichen Rechte der arabischen Bevölkerung zu beschneiden, die Existenzgrundlagen der beduinischen Bevölkerung des Negev einzuengen, ausländische Arbeitskräfte und ihre Familien sowie Asylbewerber auszugrenzen bzw. auszuweisen. Sie sind gleichzeitig darauf gerichtet, die Bildungsinhalte an den staatlichen Schulen zu revidieren, die linksdemokratischen Segmente der Zivilgesellschaft zu schwächen und die Pressefreiheit einzuschränken. Es mehrten sich zudem Angriffe auf die akademische und Meinungsfreiheit an israelischen Bildungseinrichtungen; rechte Akteure (*Im Tirzu, Institute for Strategic Zionism, Isracampus* u. a.) suchen Druck auf akademische Gremien auszuüben, um „postzionistisches“ Gedankengut zu minimieren und seine Träger aus den Universitäten zu verdrängen. Die Geschlechterfrage, vor allem die Einforderung bzw. Verteidigung gleicher Rechte für Frauen, drängt verstärkt auf die Tagesordnung.

Versuche einer Neuordnung der Gewaltenteilung im Staat

Am 1. Dezember 2011 sprach die Präsidentin des Obersten Gerichts (BAGAZ), Dorit Beinisch, auf einer Konferenz von einer „Delegitimierungskampagne, die von einer Reihe von Politikern, Knesset-abgeordneten und sogar Ministern“ geführt werde und darauf abziele, die Öffentlichkeit mit Hilfe falscher und tendenziöser Informationen gegen das Oberste Gericht, die Richter und die Rechtsprechung insgesamt aufzuhetzen. Vor allem werde versucht, das Kräfteverhältnis zwischen BAGAZ und Knesset zugunsten der Regierungspolitik zu verändern; die anvisierte Gesetzgebung richte sich „gegen die demokratischen Werte, die das Gericht vertritt“ (Ha-Arez, 2. Dezember 2011, S. 1).

Während der laufenden Legislaturperiode mehrten sich in der Tat Anzeichen dafür, dass Vertreter konservativer und rechtsnationalistischer Parteien ihre quantitative Dominanz im Parlament dahingehend zu nutzen suchen, eine Neuordnung der

Gewaltenteilung durchzusetzen und die Judikative zu schwächen. Auch der (parteilose) Justizminister Yaakov Ne'eman unternahm bzw. unterstützte mehrfach Initiativen, die im Widerspruch zu den allgemein gültigen Normen westlicher Demokratien stehen. So setzte er sich z. B. dafür ein, dem Obersten Gericht das Recht abzuerkennen, einen Knessetbeschluss für ungültig zu erklären, wenn dieser einem der israelischen *Basic Laws* widerspreche. Religiöse Rechtsnormen (*Mischpat Ha-Torah*) sollten seiner Meinung nach zum grundlegenden Kriterium israelischer Rechtsprechung werden.

Aus der Vielzahl der Gesetzesinitiativen gegen die Unabhängigkeit von Judikative und Jurisdiktion seien wenige Beispiele benannt:

- Im Mai 2011 unterbreiteten Abgeordnete der Fraktionen *Kadima*, *Ichud Le'umi* und *Schas* einen Antrag auf Schaffung eines Kontrollgremiums, das die Unabhängigkeit von Staatsanwälten und Richtern auf Bezirks- und Landesebene beschneiden soll. Künftig solle z. B. eine aus drei Knessetabgeordneten, einem ehemaligen Richter des Obersten Gerichts, einem Staatsangestellten, dem Vorsitzenden der nationalen Anwaltskammer und einem Wissenschaftler bestehende Körperschaft Anträge von Personen entgegennehmen, die sich von der Justiz als nicht gerecht behandelt fühlten.
- Vor dem Hintergrund der auslaufenden Amtszeit der als liberal bekannten Präsidentin des Obersten Gerichts, Dorit Beinisch, wurden seitens der Legislative wie auch der Regierung wiederholt Versuche unternommen, ihre Nachfolge sowie die künftige Zusammensetzung des BAGAZ regierungskonform zu beeinflussen. So wurde am 14. November 2011 von der Knesset in Vorabstimmung ein Gesetz verabschiedet, das die Zusammensetzung des Komitees zur Ernennung von Richtern des Obersten Gerichts auf politischer und ethnischer Grundlage ermöglichen und somit die Unabhängigkeit der Judikative wesentlich einengen würde.
- In der Diskussion ist ein weiterer Vorschlag, der dem Knessetkomitee für Verfassungsfragen, Recht und Gesetz ein Vetorecht bei der Ernennung des Präsidenten und der Richter des Obersten Gerichts zugestehen soll.
- Am 26. November 2011 stimmte das *Ministerial Committee on Legislation* über einen Gesetzesvorschlag ab, der die Möglichkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen, vor dem Obersten Gericht zu klagen, einengen würde. Der Antrag wurde abgelehnt.

Keine der o. g. Initiativen erlangte aufgrund massiver Proteste im Parlament, in der Anwaltschaft sowie in der Öffentlichkeit bisher Gesetzeskraft; einige der Gesetzesvorschläge scheiterten bereits im zuständigen Parlamentsausschuss. Zugleich wählte die nationale Anwaltskammer am 22. November 2011 ihre zwei Mitglieder für das Komitee zur Ernennung von Richtern des Obersten Gerichts. Die

Tatsache, dass mit Haled Husni Zoabi erstmals ein arabischer Staatsbürger den Zuspruch erhielt, gilt israelischen Demokraten als Erfolg und als Zeichen bewusster Abwehr von Vorstößen nationalistischer Kräfte.

Infragestellung von Identität und Status der arabischen Staatsbürger

Das Verhältnis zwischen jüdischer Mehrheit und arabischer Minderheit, aber auch die Politik des Staates gegenüber nichtjüdischen Migranten und Asylbewerbern wurden durch die seit 2009 im Amt befindliche Regierung bzw. durch rechte Knessetfraktionen in neuer Weise negativ geprägt. Folgende Gesetze, die die formal-demokratischen Grundlagen für den Status der arabischen Bevölkerungsgruppe in Frage stellen, wurden vom Parlament bestätigt bzw. befinden sich in der Diskussion:

- Das so genannte *Bishara*-Gesetz, am 14. Februar 2011 durch die Knesset bestätigt, legt fest, dass Parlamentsabgeordneten die Pensionsansprüche aberkannt werden können, wenn gegen sie ein Ermittlungsverfahren eingeleitet oder sie zu einer Strafe von mindestens fünf Jahren Gefängnis verurteilt wurden.
- Das antiarabische *Nakba Law* wurde am 23. März 2011 von der Knesset verabschiedet. Danach ist der Finanzminister berechtigt, Ortsräten oder durch den Staat unterstützten Einrichtungen die öffentliche Finanzierung zu entziehen, wenn sie den israelischen Unabhängigkeitstag als palästinensischen „Trauertag“ (*Nakba*) begehen bzw. „Veranstaltungen unterstützen, die Israels Existenz als jüdischer Staat negieren“.
- Das *Admissions Committee Law*, vom Parlament am 23. März 2011 angenommen, gesteht kleineren Ortschaften (bis zu 400 Familien) im Negev und in Galiläa das Recht zu, Personen die Wohnsitznahme zu verweigern, deren „sozialer“ Status nicht dem Identitätsgefühl der Kommunitäten entspreche. Das Gesetz richtet sich nicht nur gegen den Zuzug arabischer Bürger, sondern auch gegen Homosexuelle oder allein erziehende Mütter.
- Am 28. März 2011 verabschiedete das israelische Parlament einen Zusatz zum *Citizenship Act*, wonach der Innenminister einer wegen Terror, Spionage oder Illoyalität verurteilten Person die Staatsbürgerschaft aberkennen kann; die Person darf jedoch nicht staatenlos werden; die Entscheidung bedarf der Bestätigung durch den Generalstaatsanwalt.
- Am 22. Mai 2011 votierte das *Constitution, Law and Justice Committee* der Knesset für einen Gesetzentwurf, der israelische Bürger nach Ableistung ihres Armee- bzw. eines Wehersatzdienstes bei der Vergabe von Stellen im öffentlichen Dienst bevorzugt. Die zum Armeedienst nicht zugelassenen arabischen Staatsbürger, aber auch ultraorthodoxe Juden werden von der Bonifikation aus-

geschlossen. Aufgrund des Einspruchs des Generalstaatsanwalts Jehuda Weinstein wird der Gesetzentwurf z. Zt. nicht verhandelt.

- Am 11. Juli 2011 bestätigte das *Ministerial Committee on Legislation* einen Gesetzentwurf, der die „Verunglimpfung Israels oder dessen offizieller Institutionen“ gerichtlich verfolgen und mit Strafen belegen soll. Da die Regierung Bedenken äußerte, wurde das Gesetz „auf Eis gelegt“.
- Im August 2011 brachte das Mitglied der Oppositionspartei *Kadima*, Avi Dichter, den Gesetzentwurf für ein neues Grundgesetz „Israel – Nationalstaat des jüdischen Volkes“ in die Knesset ein. Das Papier stellt den „jüdischen Charakter des Staates“ über dessen demokratische Verfasstheit und spricht dem Arabischen den (seit 1948) gesetzlich verankerten Status als zweiter offizieller Landessprache ab. Der von 40 Knessetabgeordneten unterzeichnete Gesetzesvorschlag wurde nach starken öffentlichen Protesten am 14. November vorerst zurückgezogen.
- Am 11. September 2011 beschloss die israelische Regierung, 20.000 bis 30.000 arabische Beduinen, Staatsbürger Israels, aus ihren 13 vom Staat „nicht anerkannten“ Dörfern im Negev auszusiedeln und sie in „anerkannten Ortschaften“ sesshaft zu machen (insgesamt leben etwa 70.000 Beduinen in 46 „nicht anerkannten“ Ansiedlungen).

Kampagnen gegen regierungskritische Segmente der Zivilgesellschaft

Die israelische Zivilgesellschaft sieht sich seit etwa zwei Jahren einer veränderten Realität gegenüber. Einerseits wurde sie durch die internationale Wirtschaftskrise- und Finanzkrise, d. h. durch Ausbleiben bzw. Reduzierung von Spenden aus den USA und Westeuropa, hart getroffen. Andererseits gerieten vor allem linksdemokratische Organisationen ins Fadenkreuz konservativer nationalistischer Akteure, die ihnen „Vaterlandsverrat“ und „Kollaboration mit dem Feind“ (z. B. Zuarbeit zum *Goldstone*-Report der UN) vorwerfen. Ein besonderes Ziel öffentlicher Diffamierung sind NGOs, die sich für israelisch-palästinensische Verständigung einsetzen oder in den palästinensischen Territorien aktiv sind.

Die anhaltenden verbalen Angriffe der Vertreter rechter bzw. rechts-religiöser Parteien und Organisationen haben nicht nur „linke“ NGOs im Visier, sondern vor allem auch die Europäische Union, europäische Regierungen und amerikanische Stiftungen, z. B. den *New Israel Fund* (NIF) und die *Ford Foundation*. Ihnen werden „Einmischung in die inneren Angelegenheiten Israels“ und „fehlende Transparenz“ vorgeworfen. Unerwähnt bleibt in diesem Kontext, dass die Mehrzahl von Organisationen, die im rechten politischen Spektrum angesiedelt sind und vehement

die Siedlungspolitik unterstützen, umfassend ausländische Spendengelder – zumeist privater Sponsoren – erhalten, von staatlicher Seite jedoch völlig von der „Transparenz“-Forderung ausgeklammert bleiben.

Maßnahmen und Gesetze gegen regierungskritische zivilgesellschaftliche Organisationen:

- Am 21. Februar 2011 verabschiedete die Knesset das so genannte *New Israel Fund Law*, das israelische NGOs verpflichtet, quartalsweise (nicht mehr nur jährlich) ihre Unterstützung durch ausländische *staatliche* Körperschaften offen zu legen und ihre Sponsoren auf allen PR-Materialien kenntlich zu machen. Verstöße gegen das Gesetz werden mit hohen Geldstrafen geahndet. Ausgenommen sind Organisationen wie der *Jewish National Fund* und die *Jewish Agency*.
- Am 7. März 2011 billigte die Knesset in erster Lesung sowie am 11. Juli 2011 in zweiter und dritter Lesung das so genannte *Boycott-Gesetz*. Vereinigungen oder Personen, die zum Boykott Israels oder israelischer Produkte (auch aus israelischen Siedlungen im Westjordangebiet) aufrufen, können für den dadurch entstehenden Schaden finanziell zur Rechenschaft gezogen werden. Gegen das Gesetz legten mehrere israelische zivilgesellschaftliche Organisationen, u. a. *Peace Now*, Beschwerde beim Obersten Gericht ein.
- Am 6. Juni 2011 unterbreitete Uri Ariel (*Ichud Le'umi*) einen Gesetzesvorschlag als Zusatz zum *Non-Profit Associations Law*. Danach soll eine Organisation, die die Definition Israels als eines jüdischen und demokratischen Staates ablehnt, verboten bzw. – soweit es sich um einen Neuantrag handelt – nicht zugelassen werden.
- Am 30. November 2011 brachten die Abgeordneten Faina Kirschenbaum (*Jisrael Beitenu*) und Ofir Akunis (*Likud*) einen Zusatz zum *Non-Profit Associations Law* in die Knesset ein. Er sieht vor, ausländische Zuwendungen für nichtstaatliche Organisationen zu untersagen, die „Israels Existenzrecht negieren, rassistische Hetze verbreiten, bewaffneten Kampf gegen Israel unterstützen, dafür eintreten, dass israelische Bürger vor ein internationales Gericht gestellt werden, zur Befehlsverweigerung in der Armee und zu Boykottmaßnahmen gegen Israel aufrufen“. Generell sollen NGOs, die keine finanzielle Unterstützung vom Staat erhalten, für ausländische Zuwendungen mit Steuern in Höhe von 45% veranlagt werden.

Nicht der Begründungstext, sondern vor allem seine Auslegung würde, sollte der Antrag Gesetzeskraft erlangen, die israelische Zivilgesellschaft ernsthaft schädigen und insbesondere den Einsatz für Menschen- und Bürgerrechte weitgehend einengen. Nach in-

und ausländischen Protesten sowie der öffentlichen Intervention des Generalstaatsanwalts zog Ministerpräsident Netanjahu seine Zustimmung für den Gesetzesvorschlag zunächst zurück; auch dieser Antrag wurde vorerst „auf Eis gelegt“.

Angriffe auf die akademische und Pressefreiheit

2010 und 2011 mehrten sich Angriffe konservativ-nationalistischer Organisationen und Körperschaften gegen universitäre Einrichtungen und Akademiker, die sich kritisch gegenüber der Regierungspolitik äußerten. Die Kampagne richtet sich insbesondere gegen die „neuen Historiker“ bzw. die so genannten „Postzionisten“, die seit den 1990er Jahren um eine kritische Analyse des historischen und gesellschaftlichen Geschehens in und um Israel bemüht sind. Angetreten, den ideellen Überbau der israelischen Gesellschaft der nationalen und internationalen Umbruchssituation zum Ende des 20. Jahrhunderts anzupassen, konnten sie für ihre Forschungen und Publikationen die – nach bisher 30-jähriger Sperrfrist (indessen auf 50 Jahre ausgeweitet) – geöffneten Bestände der israelischen Archive nutzen. Ideeller Gleichklang wich argumentativer Pluralität.

Die aktuelle Diffamierung international geachteter Wissenschaftler geht einher mit dem Versuch, an Bildungs- und Forschungsstätten eine Atmosphäre zu schaffen, die sowohl Studenten als auch Lehrkräfte einschüchtern und sie daran hindern soll, ihr Recht auf akademische Meinungsfreiheit wahrzunehmen. „Linke“ Akademiker klagen seither über die Zunahme politischer Interventionen und über geringere Berufungschancen.

Als Beispiel für die zahlreichen Eingriffe in die akademische Freiheit sei auf die Ben-Gurion-Universität in Beerscheva verwiesen: Im November 2010 hatte der israelische Bildungsminister ein internationales Komitee des *Council for Higher Education* unter Leitung des an der Freien Universität Berlin tätigen Professors Thomas Risse berufen mit dem Auftrag, die Fächer Politikwissenschaften und Internationale Beziehungen an sieben akademischen Einrichtungen zu evaluieren. Der im September 2011 veröffentlichte Bericht fordert nunmehr umfassende Veränderungen in Forschung, Methodologie und Lehre des Instituts für Politikwissenschaften der Ben-Gurion-Universität; am Institut sei in zu hohem Maße Wissenschaft mit politischem Engagement verknüpft. Bei Nichtbefolgung wird der Universität die Schließung des Instituts empfohlen.

Zu Recht ist die israelische Gesellschaft stolz auf ihre lebendige *pluralistische* und kritische *Medienlandschaft*. Obwohl seit Staatsgründung alle Veröffentlichungen, die die Sicherheit des Staates betreffen, der Militärzensur unterliegen, wurde die Pressefreiheit bisher im Wesentlichen respektiert. Seit 1996 hat der Zensor freilich das Recht, eine Zeitung gerichtlich zu belangen, sie zu schließen

und ihre Druckmaschinen zu beschlagnahmen. Nachfolgende ausgewählte Beispiele stehen für die aktuelle Bedrohung der Pressefreiheit:

- Am 19. November 2011 untersagte das Kommunikationsministerium die seit sieben Jahren in Hebräisch und Arabisch ausgestrahlten Sendungen der in Ostjerusalem ansässigen Radiostation *Kol Ha-Schalom* (All for Peace). Die Begründung: Es handle sich um einen „Piratensender“. *Kol Ha-Schalom* ist eine gemeinsame Initiative der palästinensischen NGO *Biladi* und der israelischen Organisation *Jewish-Arab Center for Peace*. Kodirektoren sind die palästinensische Journalistin Meissa Bransie-Senyura und der ehemalige Knessetabgeordnete (*Merez*) Mossi Raz.
- Am 21. November 2011 beschloss die Knesset in erster Lesung ein erweitertes *Defamation Prohibition Law*. Bereits 1965 war ein ähnliches Gesetz erlassen worden mit dem Ziel, kritischem Journalismus einen „Maulkorb zu verpassen“. „Verleumdungen“ wurden danach mit hohen Geldstrafen (nach heutigem Wert bis zu 10.000 Euro) geahndet. Der neue Gesetzesantrag erhöht die Strafen auf das Sechsfache. Wie der Journalist und Friedensaktivist Uri Avnery ausführt, bedeutet die Strafordrohung „für Zeitungen und TV-Kanäle, die sich schon jetzt in einer prekären finanziellen Situation befinden, [...] dass sie besser alle investigativen Berichte und jede Kritik an einflussreichen Politikern und Magnaten aufgeben“ (<http://uri-avnery.de/news/163/19/weimar-wiederholt-sich>).
- Der für kritischen Journalismus bekannte Fernsehsender Kanal 10 ist von Schließung bedroht. Der Knessetfinanzausschuss lehnte im Dezember 2011 einen Zahlungsaufschub um ein Jahr für den mit 60 Mill. NIS (ca. 12 Mill. Euro) an den Staat verschuldeten Sender ab. Presseberichten zufolge hatte sich Premierminister Netanjahu für eine Stundung ausgesprochen, wenn der Fernsehkanal den Reporter Raviv Druker, einen der prominentesten Fernsehjournalisten, entlassen würde. Druker hatte mehrfach kritisch über führende Persönlichkeiten des *Likud* berichtet; 2011 war er insbesondere durch die „Bibi Affäre“ (Verwendung öffentlicher Gelder für private Reisen Netanjahus und seiner Gattin) in die Schlagzeilen geraten.

Konturen des demokratischen Widerstands

Die konzertierten Angriffe auf die israelische Demokratie werden nicht unwidersprochen hingenommen. Proteste von Politikern, Wissenschaftlern, Künstlern, Journalisten und Aktivistinnen der Zivilgesellschaft gehen einher mit öffentlichen Aktionen – Solidaritätserklärungen, Protestdemonstrationen, Petitionen an das Oberste Gericht u. a. Das Spektrum der Verteidiger demokratischer Werte reicht dabei weit über die demokratische Linke hinaus und ins bürgerliche

Lager hinein. Auch *Likud*-Politiker, wie Minister Dan Meridor oder Parlamentssprecher Re'uvon Rivlin, sprachen sich mehrfach gegen o. g. Gesetze aus, enthielten sich im Knessetplenum der Stimme oder votierten gegen die Anträge.

Das Bekenntnis zu Israel als eines modernen demokratischen Staates verbinden zahlreiche Intellektuelle mit Besorgnis über das künftige Schicksal des Landes. Drei Meinungsäußerungen mögen das bezeugen:

- Nach Annahme des „Boykott-Gesetzes“ durch die Knesset initiierten über 200 israelische Akademiker, Schriftsteller und Kulturschaffende einen Aufruf, in dem es heißt: „Dieses Gesetz ist nicht legal, da es grundsätzlich die politische Meinungsfreiheit und das Recht auf Protest in Israel einschränkt. [...] Diesmal dürfen wir uns nicht damit begnügen, nur aus Protest zu bellern und die Karawane weiterziehen zu lassen. [...] Diesmal müssen wir zivilen Widerstand leisten. Wir rufen hiermit öffentlich dazu auf, Siedlerprodukte zu boykottieren. Sollten wir deswegen von Siedlern verklagt und vom Gericht zu Entschädigungen verurteilt werden, werden wir uns weigern, diese zu zahlen und lieber ins Gefängnis gehen“ (Ha-Arez, 22. Juli 2011, S. 4).
- Generalstaatsanwalt Jehuda Weinstein, ranghöchster juristischer Berater der Regierung, begründete in einem Schreiben an Premierminister Netanjahu, er könne und werde die geplante NGO-Gesetzgebung nicht unterstützen. Seine Intervention: Die Gesetzesvorschläge „verstoßen gegen eine Vielzahl konstitutioneller Rechte, einschließlich der Meinungsfreiheit, der Versammlungsfreiheit und des Gleichheitsgebots. [...] Es stimmt, dass die Aktivitäten dieser Organisationen (Menschenrechts- und Bürgerrechtsorganisationen - AT) nicht immer in Übereinstimmung mit Regierungspositionen stehen. Aber sie sind eine wichtige Stimme, die nicht zum Schweigen gebracht werden sollte“ (Ha-Arez, 7. Dezember 2011, S. 1).
- Der Schriftsteller Sami Michael, Präsident der *Association for Civil Rights in Israel*, äußerte sich auf einer Demonstration aus Anlass des Internationalen Menschenrechtstages am 9. Dezember 2011 in Tel Aviv wie folgt: „Meinen Brüdern und Schwestern, den arabischen Bürgern Israels, rufe ich zu: Euer Kampf für eine gerechte Gesellschaft ist auch unser Kampf. Euer Schicksal ist unser Schicksal. Das Recht, in Würde zu leben, unterscheidet nicht zwischen Männern und Frauen, zwischen Religionen und Nationalitäten. Wir alle wollen eine bessere und humanere Gesellschaft für unsere Kinder und Enkel. Gemeinsam, nur gemeinsam, können wir danach streben, eine gerechtere Zukunft für Euch und uns zu schaffen“ (<http://www.acri.org.il/en/?p=3797>).

Meinungsumfragen zufolge sehen 46% der israelischen Staatsbürger in der Welle neuer Gesetzesvorschläge eine „Gefahr für die Demokratie“; immerhin 37% der Befragten jedoch befürworten die Vorstöße konservativ-nationalistischer Rechter, die demokratischen Grundlagen der israelischen Demokratie zu begrenzen (Ha-Arez, 1. Dezember 2011, S. 6).

Den israelischen Demokraten ist es zu verdanken, dass eine Reihe von Gesetzesinitiativen bisher nicht angenommen wurde bzw. in abgeschwächter Form zur Abstimmung in die Knesset kam. So musste beispielsweise ein Gesetzesvorschlag, der die Einrichtung einer Kommission zur Überprüfung „unisraelischen Verhaltens“ von NGOs zum Inhalt hatte, im Februar 2011 zurückgezogen werden. Derartige Interventionen und Korrekturen legen Zeugnis davon ab, dass die israelische Demokratie, wenn auch eingeschränkt, lebt. Andererseits wird die israelische Rechte ihre Dominanz in der Legislative weiterhin dafür nutzen, demokratischen Protest bzw. ihr nicht genehme politische Ansichten zu delegitimieren, linke oder moderate zivilgesellschaftliche Kräfte einzuschüchtern und *ihre* Vision eines „jüdischen Staates“ durchzusetzen.

Wird sich der „israelische Sommer“, der soziale Protest und die „größte Volksbewegung in der Geschichte des Landes“, auch auf den Kampf um die Demokratie auswirken? Die hinter den Protesten stehende Bewegung hatte sich bewusst auf soziale Probleme konzentriert und politische Fragen, wie die Okkupation, weitgehend ausgeklammert. Die Infragestellung neoliberaler Wirtschaftspolitik ging dennoch einher mit der Diskussion über die negativen Wirkungen der Privatisierung, über fehlenden Wettbewerb, aber auch über kardinale Unterlassungen bzw. Fehlsichten in der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Insbesondere wurde das Zusammenspiel von Privatwirtschaft und politischem Establishment angeprangert. Es zeichnete sich offensichtlich ein qualitativer Sprung im sozialen Bewusstsein und im öffentlichen Engagement von Teilen der protestierenden Jugendlichen ab; zu den verbreiteten Slogans gehörten „*das Volk fordert soziale Gerechtigkeit*“, „*das Volk kann die Agenda verändern*“ und „*die Demokratie ist jetzt auf der Straße*“. Die Erfahrungen der Zeltbewohner werden nachwirken und könnten jederzeit reaktiviert werden.

Die Kritik an den sozio-ökonomischen Fehlentwicklungen und an den sozialen Disparitäten in der Gesellschaft wie auch die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit werden künftig eine gravierende Rolle im politischen Diskurs spielen und die Wahlkämpfe beeinflussen. Inwieweit die Mehrheit der Bevölkerung freilich soziale Sicherheit mit der Sorge um die Demokratie verknüpft, bleibt zunächst offen. Der von Abgeordneten der Opposition als auch der Regierungskoalition im November 2011 der Knesset

unterbreitete Antrag, ein neues Grundgesetz (*Basic Law: Social Rights*) zu beschließen, fand vorerst keine Mehrheit im Parlament.

Den Verteidigern der israelischen Demokratie bzw. liberaler Werte fließt in nicht geringem Ausmaß Unterstützung aus der jüdischen Diaspora zu, insbesondere von jüdischen Organisationen der USA und einiger westeuropäischer Staaten. Auch politische Repräsentanten der USA und der Europäischen Union äußerten sich in den letzten Wochen und Monaten kritisch gegenüber den antidemokratischen Gesetzesvorhaben der israelischen Legislative. Verwiesen sei auf die entsprechende Stellungnahme von US-Außenministerin Hillary Clinton sowie auf die Meinungsäußerungen der EU-Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, oder des britischen Außenministers William Hague. Erstmals gemeinsam zu Wort meldeten sich auch die Vertreter der sechs in Israel vertretenen deutschen politischen Stiftungen mit einem gemeinsamen offenen Brief an alle Knessetabgeordneten. In ihm brachten sie ihre Besorgnis über „eine Reihe von Gesetzesinitiativen zum Ausdruck, die die finanziellen Rahmenbedingungen der Arbeit von israelischen Nichtregierungsorganisationen und damit zivilgesellschaftliches Engagement insgesamt grundlegend verändern würden“. Nicht wenige israelische Parlamentarier reagierten nachdrücklich positiv.

Realitäten versus Prinzip Hoffnung

Beobachter der Gesellschafts- und Politikentwicklung in Israel stellen zwingend die Frage, ob und wie der *konservativen Wende* und damit dem Abbau der Demokratie Einhalt geboten bzw. wie die liberalen Werte des Landes verteidigt werden können. Die vereinfachte – legalistische – Antwort mag lauten: Es liegt im Handlungsspielraum der israelischen Staatsbürger, bei der nächsten Knessetwahl die rechten Parteien und Politiker abzuwählen, eine *demokratische Wende* einzuleiten und dem Land eine neue Zukunft zu geben.

Die realistische Antwort freilich fällt anders aus. Wesentliche Teile der israelischen Wählerschaft sind nationalistisch orientiert bzw. religiös-traditionalistisch geprägt. Das politische Establishment und mit ihm die 20 mächtigsten Familien („Tycoons“) im Land verfügen zudem über jahrzehntelange Erfahrung, wie den – sozialen oder demokratischen – Infragestellungen ihrer Machtdominanz mit nationalistischer Ideologie und Propaganda begegnet werden kann. Sie können dabei auf tief in den Menschen verankerte Furchtkomplexe, negative historische Erfahrungen und aktuelle Existenzängste zurückgreifen. Zum erstrangigen nationalen und damit individuellen Sicherheitsrisiko wird zum Beispiel die „iranische Bombe“ als Menetekel eines erneuten „Holocaust am jüdischen Volk“ beschworen. Realistischere Sichten und Analysen des *Mossad* oder hoher Militärs tragen wenig zu ausgewogenen Perzeptionen bei.

Gleichfalls als Gefahr für Israel werden die Umbrüche im regionalen Umfeld („Arabischer Frühling“ 2011) gesehen und bewertet. Die dominante Antwort lautet: Die Ablösung der arabischen autoritären Regimes und Herrscher schade der regionalen Stabilität und damit der Sicherheit Israels. Demokratische Wahlen in arabischen Ländern würden einzig islamistische Kräfte an die Macht bringen, die sich – kurz- oder mittelfristig – gegen Israel stellen würden. Die einzigartige Chance des letzten Frühlings, im nationalen Interesse Israels demokratische Ansätze in den arabischen Protestbewegungen zu unterstützen, neue Völkerbeziehungen herzustellen und damit Einfluss auf das „arabische Erwachen“ zu nehmen, z. B. durch einen einvernehmlichen Kompromiss in der Palästinenserfrage, blieb ungenutzt.

Ähnlich einseitig negativ bewertet wird der Antrag der Palästinensischen Autonomiebehörde, Vollmitgliedschaft in den Vereinten Nationen und ihren Gliederungen zu erlangen. Statt die damit verbundenen regionalen und internationalen Möglichkeiten und Spielräume für israelische Politik zu eruieren, wurde der PA-Antrag pauschal zum „politischen Tsunami“ stilisiert bzw. als Minimierung internationalen israelischen Prestiges strikt abgelehnt. Äußere Kritik an der Politik der gegenwärtigen israelischen Regierung wird abgetan als bloßer Beweis dafür, dass „die ganze Welt gegen Israel“ sei bzw. dass die internationale Gemeinschaft einer neuen Welle des Antisemitismus ausgesetzt sei.

Jeder schnellen Wende demokratischen Zuschnitts steht insbesondere die Siedlungsfrage entgegen – ein zentrales Element israelischer Staatsräson. Die 350.000 Siedler in der Westbank bilden inzwischen einen Staat im Staate. Mit weitgehenden Privilegien ausgestattet verfügen sie in den besetzten palästinensischen Territorien nicht nur über 121 von der Armee geschützte Stützpunkte (die *Outposts* nicht mitgerechnet), sondern auch über eigene Straßen und über das Sonderrecht, sowohl im Westjordangebiet als auch im israelischen Kernland Waffen zu tragen. Ihre militanten Einheiten, z. B. die *Hilltop Youth*, drangsalieren die Palästinenser, zündeln in Moscheen, zerstören Olivenplantagen und greifen inzwischen selbst israelische Soldaten, Stützpunkte und Offiziere an. Die jüngsten Beschlüsse der Regierung, das Machtmonopol des Staates auch in der Westbank zu sichern, kommen offensichtlich zu spät, sind halbherzig und werden dem destruktiven Prozess kaum Einhalt gebieten. Der *Golem*, seit 1967 von allen israelischen Regierungen aufwendig geschaffen bzw. gestärkt, erhebe sich nunmehr gegen seinen Schöpfer, meint ein israelischer Journalist.

Für die israelische Demokratie ist die Eigenmächtigkeit der Siedler und ihrer Organisationen höchst abträglich. In Knesset und Regierung existieren inzwischen gut organisierte *pressure groups* und Machtblöcke, die sich aus Siedlern und deren

Verbündeten in rechten und zentristischen Parteien zusammensetzen. Ihre Vertreter verantworten einen beträchtlichen Teil der in die Knesset eingebrachten Gesetzesanträge. Sie und ihre politischen Anhänger in der Wählerschaft werden die Rechtstrends in Gesellschaft und Politik mit Vehemenz verteidigen bzw. voranzutreiben suchen.

Das Prinzip Hoffnung richtet sich auf *das demokratische Israel*, insbesondere auch auf die gut organisierte und vernetzte israelische Zivilgesellschaft, die im Zusammenspiel mit Vertretern des liberalen politischen Establishments eine

weitere Entwicklung in o. g. Richtung zu verhindern sucht. Von Bedeutung sind gleichermaßen die Fortsetzung der sozialen Proteste und der öffentliche Einsatz für demokratische Werte – nicht zuletzt seitens liberaler Politiker, kritischer Journalisten, engagierter Wissenschaftler oder Künstler. Ihnen gilt hohe Achtung und weltweite Solidarität, gestützt durch die verstärkte kritische Einbindung Israels in den internationalen Kontext.

Tel Aviv, 18. Dezember 2011

Impressum:

Rosa Luxemburg Foundation (CC) • Israel Office

Address: 26 Nahmani St • Tel Aviv 66794

Mailing Address: P.O.B. 536 • Tel Aviv 61004 • Israel

Phone: 03-6228290 • Fax: 03-6855632 • Email: office@rosalux.co.il